

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen können nur durch die Redaktion des Anzeigers für das Erzgebirge erfolgen. — Schriftlich mit Angabe der Anschrift: Auer, Erzgebirge, Nr. 149.

Redaktionsadresse: Die Redaktion des Anzeigers für das Erzgebirge, Auer, Erzgebirge, Nr. 149. — Druckerei: Die Druckerei des Anzeigers für das Erzgebirge, Auer, Erzgebirge, Nr. 149.

Telegramme: Kageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 149. Auer, Erzgebirge, Nr. 149.

Nr. 149

Mittwoch, den 18. Juni 1924

19. Jahrgang

### Die Botschaft des Präsidenten Frankreichs.

Die Botschaft des Präsidenten der Republik hat folgenden Wortlaut: Ich werde die Verfassung, deren Hüter ich sein muß, respektieren und stets innerhalb der Rolle bleiben, die sie mir zuschreibt. Unser Land hat vor einigen Wochen einen sichtbaren und entscheidenden Beweis seiner tiefen Anhänglichkeit an freie demokratische Einrichtungen gegeben, nachdem sie dazu beigetragen haben, sich von den Folgen eines unheilvollen Angriffes wieder zu erheben, ihm gestattet haben, einen neuen Angriff siegreich zu bestehen und treue Provinzen wieder zu erobern, die es verloren hatte. Das Land hat seine volle Pflicht in Ruhe erfüllt und damit seinen Erwähltesten eine kostbare Lehre gegeben. Nur in Ruhe und Ordnung kann Frankreich die Ruinen, die der Krieg zurückgelassen hat, beseitigen. In diesem Augenblick treten zahlreiche Probleme an unser Vaterland und unser Parlament heran. Sie können leicht gelöst werden, wenn man überall in der Welt eine reine Friedensatmosphäre atmet. Wenn das noch nicht zutrifft, so hat Frankreich keine Schuld daran. Unser Land hegt keinen gefährlichen Ehrgeiz. Es will nur die Reparationszahlungen, die ihm feierlich versprochen worden sind und keine illusorischen Sicherheitsgarantien erlangen. Durch den Sachverständigenbericht, dem wir zum Beweise unseres Entgegenkommens bereitwillig zustimmen, scheint die Reparationsfrage einer baldigen Lösung entgegengeführt werden zu können. Es ist aber erforderlich, daß der Schuldner ebenso wie der Gläubiger Beweise des guten Willens gibt und daß diese Beweise durch Taten und nicht durch einfache Versprechungen gegeben werden. Aber das Entgegenkommen Frankreichs, das aufrichtig und unaufersehbar ist, kann nicht so weit gehen, daß seine Wahrungspflicht eingeschränkt wird dadurch, daß man die Opfer der Vergangenheit vergißt. Sein Entgegenkommen kann auch nicht einen Verzicht auf die eigene Stärke bedeuten, ebensowenig wie den Verzicht auf die Kontrolle, die die Verträge gegenüber einem Besiegten zuerkennt, der die Revision vorbereitet will. Hat die von ihm übernommenen Verpflichtungen zu halten. Das Parlament denkt wie das Land. Es will den äußeren Frieden nicht weniger als den inneren Frieden; es wird ihn — davon bin ich überzeugt — weiter auf solider Grundlage, deren sicherste die Gerechtigkeit ist, aufbauen.

### Die Regierungserklärung Herriot's.

Die Regierungserklärung die gestern nachmittags in der französischen Kammer vom Ministerpräsidenten Herriot und im Senat von Justizminister Renault im Anschluß an die Botschaft des Präsidenten verlesen wurde, besagt: Im Innern wie nach außen hat die Regierung nur ein Ziel, Frankreich in der Arbeit und durch den Fortschritt den Frieden zu geben, den es so sehr verdient, zunächst den moralischen Frieden. Wir sind zwar entschlossen, keine Botschaft beim Vatikan aufrecht zu erhalten und das Gesetz über die geistlichen Orden durchzuführen, aber das alles in feiner Weise aus dem Gedanken der Verfolgung und Intoleranz heraus. Wir wollen nur die Souveränität der republikanischen Gesetzgebung und die nötige Scheidung zwischen dem Gebiet des Glaubens und dem der öffentlichen Arbeit sichern. Die Erklärung kündigt an, daß die Regierung noch heute einen großen Amnestie-Entwurf einbringen wird, der nur Verurteilte und Fahnenflüchtige ausschließt und die Wiedereinstellung der beim Streik von 1920 entlassenen Eisenbahnarbeiter betreffen werde. Das Ermächtigungsgesetz soll unverzüglich aufgehoben werden. Die Erklärung geht dann auf innerpolitische Gebiete über und verspricht die Aufrechterhaltung des Achtstundentages. Die Regierung wünsche die baldige Ratifizierung der Washingtoner und der Genfer Arbeitskonvention. Sie werde den Frauen, Kinder- und Mutterschutz ausdehnen müssen. Die industrielle Produktion soll mit allen Mitteln entwickelt werden. Das gelte für Landwirtschaft, Industrie und Ausfuhr gleichzeitig. Die Staatsindustrien seien zu modernisieren, aber nicht zu befähigen. Der Wert des französischen Kolonialreiches soll voll erschlossen werden. Die Hauptträger der Produktion, die Arbeiter und die Bauern, hätten ein Recht auf Schutz im Alter und in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit. Aber dies sei nicht möglich ohne eine Entwicklung des Unterrechts, der von dem Einfluß des elterlichen Besitzes freigemacht werden müsse. Das ganze Programm der Regierung lasse sich ohne eine strenge Finanzgebarung nicht verwirklichen. Die Regierung werde ein wachsender Hüter des französischen Kredites sein. Sie werde für das Gleichgewicht im Budget eintreten. Die Einkommensteuer soll durch strenge Kontrolle zur Grundlage einer wahrhaft demokratischen Finanzgebarung gemacht werden. Beim nächsten Budget werde die Abhebung durch eine Neuordnung der direkten Steuern den Ausgleich der durch die Verbrauchssteuern geschaf-

tenen Lücke anstreben. Sie werde sich bemühen, die schwebende Schuld im geeigneten Zeitpunkt durch Auflegung einer konsolidierten Anleihe zu verringern. Dann geht die Erklärung auf die Außenpolitik und die Sicherheiten Frankreichs ein. Auf militärischem Gebiete sei eine Reorganisation beabsichtigt, die eine Herabsetzung der aktiven Dienstzeit mit sich bringe, aber so durchgeführt werden müsse, daß Frankreich dadurch keinen Augenblick geschwächt werde. Herriot weist ausdrücklich jeden Gedanken an Annexion und Eroberung zurück. Frankreich wolle Sicherheit und Frieden für sich und die Anderen und wünsche eine unabweisliche Sprache zu führen. Die Regierung werde mit Festigkeit die im Friedensvertrag niedergelegten Rechte Frankreichs verteidigen, das Anspruchs auf Reparationen habe und diese im Rahmen der Gerechtigkeit verlange. Sobald Deutschland hinsichtlich der Reparationen und der Sicherung sein Verhalten mit dem Friedensvertrage in Einklang gebracht habe, werde es ihm völlig freistehen, in den Völkerbund einzutreten. Die Regierung sei gegen die Politik der Isolierung in der Gestalt, die zu territorialer Befestigung und zu Pfandnahme führe. Angesichts der Notwendigkeit, nicht allein Frankreich sondern alle Völker gegen eine neue Offenbar des nationalitätlichen Willens zu schützen, halte die Regierung es nicht für möglich, das Ruhrgebiet zu räumen, bevor die Pfänder, wie sie von den Sachverständigen vorgeschrieben sind, deren Bericht Frankreich ohne Hintergedanken annehme, mit wirksamen Garantien für die Durchführung konstituiert und den zu ihrer Verwaltung bestimmten internationalen Organisationen übergeben seien. Die Regierung halte ferner eine gemeinsame Überwachung der Entwaffnung Deutschlands durch die Alliierten und sobald wie möglich durch die Kontrolle des Völkerbundes für nötig. Das Sicherungsproblem solle durch Garantiepakte gewährleistet werden, die ebenfalls der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden sollen. Herriot fuhr fort, Frankreich werde mit allen Mitteln für einen aufrichtigen und dauerhaften Frieden arbeiten, und seine Regierung werde nach besten Kräften bei allen Völkern den demokratischen Geist ermutigen, auf den sie sich selbst berufe. Der Völkerbund und alle internationalen Einrichtungen zum Zwecke der Sicherung oder des schiedsgerichtlichen Ausgleiches sollen befestigt werden. Die Regierung, die eine Politik der Verstärkung der Bande zwischen Frankreich, seinen Alliierten und seinen Freunden anstreben. Mit ihrer Hilfe sollen jene Garantien der Sicherung gewährleistet werden, welche die Sachverständigenberichte vorsehen. Frankreich werde aber gegen jenes Deutschland, das den Revanchegedanken und den Geist der monarchischen Reaktion nähre, keine Schwäche kennen. Es wünsche, daß die deutsche Demokratie sich kräftige, und es sei schon jetzt zu Maßnahmen des Wohlwollens bereit. In diesem Zusammenhang gibt Herriot die bereits gemeldete Erklärung über die Begnadigungsmassnahmen zugunsten eines Teiles der Gefangenen und Ausgewiesenen. Herriot kam schließlich auf die Beziehungen Frankreichs zu Rußland zu sprechen. Er teilte mit, daß Frankreich schon heute die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zu Rußland vorbereite. Sie soll unter den Bedingungen erfolgen, welche der Respekt vor den Verträgen gebiete. Zuvor müßten aber zur Verlässlichkeit der französischen Interessen gewisse Vorsichtsmaßnahmen getroffen und Informationen gesammelt werden, mit deren Einziehung bereits begonnen worden sei.

### Frankreichs Propaganda-Amnestie

Der „Strafrelax“ für die besetzten Gebiete. Die Regierungserklärung, die im Parlament verlesen wurde, kündigt für die besetzten Gebiete einen Strafrelax an. Der betreffende Teil hat folgenden Wortlaut: Der Strafausschub, der von den Besatzungsbehörden gewählt worden ist, wird in eine endgültige Begnadigungsmassnahme umgewandelt werden. Auch auf die politischen Verurteilten, ausgenommen die wegen Anschlüssen, welche gegen die Sicherheit unserer Truppen verübt worden sind, wird diese Amnestie angewandt werden. Für die kleinen Beamten und Angestellten, die nur auf Anweisung gehandelt haben, werden die Ausweisungsbefehle zurückgenommen werden. Gewisse schwere Fälle werden besonders geprüft werden. Diese Beschlüsse beweisen, daß, wenn die deutsche Regierung ihrerseits die für die lokale Durchführung des Sachverständigenberichts erforderlichen Arbeiten beschleunigt, die französische Regierung einem Deutschland, das mit Entschlossenheit einen Weg der Demokratie und des Friedens betritt, entgegenzukommen vermag.

### Die Gesetze zur Durchführung des Gutachtens.

#### Verstärkung der Einkommensbesteuerung.

Bei der Beratung des Reichstages bis zum 24. Juni war man von der Annahme ausgegangen, daß bis zu diesem Zeitpunkte die zur Durchführung der Sachverständigenberichte notwendigen Gesetze verabschiedungsreif dem Parlament vorgelegt werden könnten. Der Gang der Verhandlungen in den letzten Wochen hat es aber fraglich gemacht, ob die Entwürfe bis zum Anfang der letzten Juniwoche fertiggestellt werden können. Es handelt sich um das neue Reichsbankgesetz mit einem Entwurf über die Liquidation der Rentenbank, um das Gesetz über die Umformung der Reichsbahn, um das Gesetz über die Goldbelastung der Industrie und um eine Reihe von Steuererlassen.

#### Das Reichsbankgesetz

Die Vorlage über das Reichsbankgesetz acht nach der „Frankf. Btg.“ davon aus, daß die neue Goldnotenbank aus der gegenwärtigen Reichsbank heraus gebildet werden soll. Die in dem Sachverständigenbericht zugelassene Alternative einer neuen Goldnotenbank neben der bisherigen Reichsbank wird also nicht aufgegeben. Das Organisationskomitee für die Vorbereitung der Banknovelle besteht aus dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und dem englischen Bankfachmann Sir Robert Kinderley, der auch dem Daveskomitee angehört hat. In der letzten Woche ist zwischen Herrn Dr. Schacht und einem englischen Vertreter über den Entwurf bereits des Längeren verhandelt worden, und in der nächsten Woche wird Sir Robert Kinderley selbst nach Berlin kommen, um die Verhandlungen zu einem Ende zu bringen. Ueber

#### Das Eisenbahngesetz

ist bis in diese Woche hinein in Paris in dem Organisationskomitee beraten worden, dem von deutscher Seite Staatssekretär Boet und Staatssekretär a. D. Bergmann angehören. Die Verhandlungen haben dem Vernehmen nach zur Aufstellung eines ersten Vorentwurfs geführt, über den die Beratungen in der nächsten Woche in Berlin fortgesetzt werden. Die ausländischen Mitglieder des Organisationskomitees für die Reichsbahn werden zu diesem Zweck hierher kommen. Am wenigsten fortgeschritten scheint noch

der Entwurf über die Goldbelastung der Industrie zu sein, obwohl auch hierüber das Organisationskomitee in der letzten und in dieser Woche in Paris bereits ausführlich verhandelt hat. Die deutschen Vertreter in dem Komitee, Staatssekretär Trendelenburg und Geheimrat Böhler vom Reichsverband der deutschen Industrie, sind inzwischen nach Berlin zurückgekehrt und haben dem Reichskabinett Bericht erstattet. In der nächsten Woche werden die Beratungen in Paris wieder aufgenommen werden.

Das Reichsfinanzministerium ist an den Vorbereitungen der Verwirklichung des Gutachtens durch die Ausarbeitung einiger Steuernovellen

beteiligt. Es kommen in erster Linie Novellen zur Tabaksteuer, zur Biersteuer, zur Kraftfahrzeugsteuer und zur Erbschaftsteuer in Betracht, wobei es sich im allgemeinen nur um die Erhöhung der geltenden Steuerhöhen handelt. Bei der Tabaksteuer will man, wie schon früher betont wurde, von der Einführung eines Monopols absehen und die Erhöhung der staatlichen Bezüge aus dem Tabakmonopol auf anderem Wege erzielen. Die Verhandlungen, die hierüber mit den Interessenten aus der Tabakindustrie geführt werden, sind noch nicht so weit gediehen, daß ein entsprechender Gesetzesentwurf hätte ausgearbeitet werden können. Ueber den genannten Novellen wird im Finanzministerium auch die endgültige Regelung der

#### Einkommenssteuer

für das Jahr 1924 vorbereitet; man kommt damit einer Mahnung nach, die die Experten in ihrem Bericht recht deutlich ausgesprochen haben. Man wird im Tarif an der zehndozentigen Lohnsteuer festhalten, im übrigen aber eine Verstärkung der Einkommensbesteuerung bei den anderen Einkommensarten vornehmen müssen. Ob die Steuerhöhen selbst zu ändern sein werden, ist fraglich. Die Reform wird sich vor allem auf die Methoden der Einkommensfeststellung und Deklaration beziehen müssen.

Berlin, 18. Juni. Die Reichsregierung beabsichtigt, die zur Durchführung des Sachverständigengutachtens notwendigen Gesetze möglichst in ihrer Gesamtheit dem Reichstag vorzulegen. Es handelt sich dabei um das Gesetz über die Umformung der Reichsbahnverwaltung, das Gesetz über die Gründung einer neuen Goldnotenbank und das Gesetz, das die Besa-

us Wischen nach Unter... Auf seine... über hat die... wart aus...  
alshenow g... en aus Ver... stand nach... Kaufhaus...  
Kunden ein... ein Rauche... zu: „Mein...  
Bagen zum... trich um so...  
Beitste an... nen Hinweg...  
Verlehnungen...  
Turge Zeit...  
schaft wurde...  
ele in ganz...  
Hrere Wens... und Tor...  
Tote und...  
ke Dangel...  
des wieder...  
em Westen...  
eldmann...  
D. S. Aue...  
!...  
ben...  
ten...  
reise...  
Aue...  
nzert...  
e...  
Ball...  
Saale statt...  
Aue...  
ie...  
chau...  
ung...  
oppe...  
Gute...  
Hacker...  
haus...  
berg...  
lugsort...  
ummi...  
und Nach...  
der beste...  
Belohnung...  
aten Blau...  
in Berlin...  
tel 2.85...  
3.85...  
4.50...  
Intel...  
Küche...  
qualität...  
1.25...  
der...  
hinen...  
inf. gratis...  
sheim 96...  
Flasche...  
ttern...  
geria...  
mar...

Wang der deutschen Industrie betrifft. Nach dem Geldnotenbankgesetz sind die Verhandlungen am weitesten vorgeschritten. Es liegt ein vollkommener Gegenseitig vor, zu dem das Reichstabinett bereits Stellung genommen hat. Es dürfte bis Mitte Juli das Durchführungsgesetz dem Reichstag vorgelegt werden können. Gleichzeitig soll eine Reihe von Steuerergänzungen dem Reichstag unterbreitet werden. Im Reichsfinanzministerium wird an einer grundlegenden Reform einzelner Steuerarten gearbeitet. Vor allem gilt das für die Umsatzsteuer und für die Einkommensteuer, bei der die Vorauszahlungen fortfallen sollen. Die Reform einzelner Steuerarten soll vor allem dem Preisabbau dienen, der auch durch die Befestigung der Meumverträge eine Förderung erfahren dürfte. Den Notwendigkeiten des Preisabbaues dürften ferner auch Post und Eisenbahn im Rahmen des Möglichen Rechnung tragen.

**Paris, 18. Juni.** Gestern nachmittag haben in den Räumen des Reichswirtschaftsrates die Besprechungen zwischen den deutschen und den ausländischen Sachverständigen über die Frage der Neuorganisation der Reichsbahn auf Grund des Sachverständigengutachtens begonnen. Nach Abschluß der Beratungen dürfte eine offizielle Mitteilung veröffentlicht werden.

### Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Dienstag vorm. um 10 Uhr unter Vorsitz des Abg. Müller-Franken (Soz.) zusammen. Von den 28 Mitgliedern waren bei Beginn der Sitzung die Abgeordneten Bergt (Dn.) und von Tirpitz (Dn.), Dr. Dreitscheld (Soz.), Scheidemann (Soz.) und Frau Goll (Kath. Fischer) nicht erschienen. Von der Reichsregierung waren anwesend die Minister Dr. Stresemann, Dr. Jarres, Dr. Luther, Hamm und für den Minister Deser der Staatssekretär des Verkehrsministeriums Voigt. Auch der Reichsbankpräsident Schacht sowie der Reichstagspräsident Wallraf waren anwesend. Der Reichsrat war vertreten durch die Mitglieder von Preger (Bayern), Dr. Gradnauer (Sachsen), Sidenbrandt (Württemberg), von Bielefeld (Hessen), Dr. Elshöfer (Mecklenburg), Boden (Braunschweig), Nebeltau (Bremen) u. a. In den Gegenständen, die zur Beratung kommen, gehören naturgemäß die mit dem Sachverständigengutachten zusammenhängenden Fragen und die mit ihm verbundenen Gesichtspunkte, die Lage, wie sie sich in Paris zeigt und die Möglichkeit zur Beilegung des deutsch-russischen Streitfalles.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses nicht öffentlich seien, sofern der Ausschuss nicht die Öffentlichkeit von Fall zu Fall ausdrücklich beschließen sollte. Wie dem Vorsitzenden zu Ohren gekommen sei, habe die kommunistische Partei ihre Mitglieder angewiesen, daß auch dann, wenn die Vorkommnisse in den Kommissionen als vertraulich gekennzeichnet seien, die Vertraulichkeit nicht gewahrt werden solle. Wir richten deshalb an die kommunistischen Mitglieder des Ausschusses die Frage, ob sie gewillt sind, die Vertraulichkeit zu wahren.

Abg. Stöcker (Kom.) protestiert gegen die Fragestellung und erhob auch Protest dagegen, daß am Nachmittag vor dem Sitzungstag des Auswärtigen Ausschusses der Außenminister die Führer sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Deutschrussischen und der Kommunisten zu sich geladen habe, um mit ihnen vertraulich die außenpolitischen Probleme durchzusprechen. Das sei ein Verstoß gegen den Auswärtigen Ausschuss des Reichstages, mit der Absicht, die Deutschrussische Partei und die kommunistische Partei von der parlamentarischen Arbeit auszuschließen. Gleichzeitig stellte der Redner den Antrag, für die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses die Öffentlichkeit zu beschließen.

Außenminister Dr. Stresemann betont, daß die Verhandlungen am Montag mit einzelnen Parteiführern vor allem der Klärung der Frage gebient hätten, inwieweit die Regierung noch in der Lage sei, dem Auswärtigen Ausschuss vertrauliche Auskünfte zu geben.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschloß der

Ausschuss gemäß einem Antrag des Abg. Grafen Westarp (Dn.), daß die Erklärung der kommunistischen Mitglieder über die Vertraulichkeit der Verhandlungen nicht als ausreichend betrachtet werden könne. Der Reichstag solle deshalb eine Änderung des Paragraphen 28 der Geschäftsordnung in Erwägung ziehen. Dieser Beschluß geht an das Plenum des Reichstages und wird von dort dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen werden. Der kommunistische Antrag auf Öffentlichkeit der Sitzungen wurde abgelehnt.

Die nun folgende politische Aussprache eröffnete von den Regierungsvertretern zunächst Staatssekretär Voigt vom Reichsverkehrsministerium mit einer Erläuterung der Fragen, die mit den Reichseisenbahnen zusammenhängen. Es ging daraus hervor, daß das Organisationskomitee für die Neugestaltung der Reichsbahnen bereits in Paris vor Pfingsten getagt habe.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hofft die im Zusammenhang mit dem Organisationskomitee stehenden Arbeiten noch im Laufe dieser Woche zu beenden. Die Reichsbank werde erhalten und werde entsprechend ihren neuen Aufgaben organisiert.

Gesandter Dr. Ritter sprach dann über die im Entschieden vorgesehene Ausgabe von Industrieobligationen.

Außenminister Dr. Stresemann behandelte nunmehr in ausführlichen Darlegungen das Sachverständigengutachten.

Reichsfinanzminister Dr. Luther machte Mitteilungen über den Stand der Vorarbeiten für die mit der Reparationskommission aufzunehmenden Verhandlungen sowie die Verbrauchsabgaben und Bölle hierbei in Betracht kommen.

Schließlich wurde der deutsch-russische Zwischenfall von den Kommunisten zum Gegenstand einer Anfrage gemacht. Reichsaußenminister Dr. Stresemann wies in der Erwiderung darauf hin, daß die Verhandlungen über die Beilegung des Zwischenfalls zurzeit schweben.

Die gesamten Verhandlungen des Ausschusses haben bei den beteiligten Abgeordneten den Eindruck erweckt, daß die Reichsregierung mit Rücksicht auf die unsichere Haltung der Kommunisten gesittlich verhalten habe, irgend etwas Vertrauliches im Ausschuss zu sagen.

### Die Vorlage über die Verschärfung der Geschäftsordnung des Reichstages.

Nach dem in der nächsten Woche wieder erfolgenden Zusammentritt wird der Reichstag sich auch mit einer neuen Geschäftsordnung beschäftigen, die dem Präsidenten sehr wirkungsvolle Maßnahmen zur Durchführung der Sitzungen und zur Wahrung ihrer Würde in die Hand geben soll. Die Geschäftsordnungskommission wird dem Reichstag insbesondere hinsichtlich der Ausnahmefälle von der Immunität vorzuschläge machen, die erheblich von der bisherigen Parlamentarischen abweichen. Die Praxis des Reichstages mit Rücksicht auf die zahlreichen kommunistischen Fälle von Hoch- und Landesverrat wird deshalb einer halbjährigen Reform unterworfen werden in der Richtung, daß der Reichstag von dem bisher befolgten Grundsatz der Aufrechterhaltung der Immunität und Nichtzulassung der Strafverfolgung bei politischen Verbrechen planmäßig abweichen wird. Landes- und Hochverrat sollen in Zukunft nicht mehr den Schutz der Immunität genießen.

Auch die Geschäftsordnung selbst wird einer Reform unterzogen werden, die gegen Sitzungsstörungen mit harten Abstrafen vorgeht. In parlamentarischen Kreisen wird mit Ausschließungen von sehr langer Dauer und der Entziehung nicht nur der Diktionen, sondern auch der Eisenbahnfreikarten gerechnet. Dem Präsidenten dürfte ferner auch die Möglichkeit gegeben werden, nötigenfalls gegen obstruierende Abgeordnete mit Volksgewalt einzuschreiten.

### Bayerischer Demokratentag.

Zum ersten Parteitag der bayerischen Demokraten nach der Landtags- und der Reichstagswahl trafen sich die Vorstände und Vertreter der Partei am Sonnabend und Sonntag in Regensburg. Der von vielen Rednern bekräftigte Entschluß zu neuer fruchtbringender Organisations- und Werbearbeit führte dazu, daß zum Leiter des geschäftsführenden Vorstandes der bisherige

stehend solch ein Zufall ist, zweihundertdreißigmal hintereinander. Und da hörte er auf, und beim dreihundertdreißigsten Mal kam Schwarz heraus. Fürst Babin war der Löwe des Tages und bekam das Stanklausenkreuz vom Großfürst Wladimir, der ebenfalls anwesend war. Da hören Sie, meine Herren, solche außerordentliche Launen des Schicksals sind immerhin möglich, und ich bin glücklich, daß ich, wenn auch in anderer Weise, noch einmal das selbe erlebe."

"Höchst merkwürdig!" fiel augenblicklich Absjörn Kraa ein. "Ich möchte Ihnen raten, Herr General, alle anderen Bilderköcher von Hans Christian unterfuchen zu lassen. Das Haus war längere Zeit unbewohnt, und das plötzliche Erwachen hat die Feuchtigkeit hervorgerufen."

Diesem Widerspruch brachte er zugabe, ohne mit der Wimper zu zucken.

"Es könnte den Bildern Schaden, wenn sie herunterfallen, und hier sind ja verschiedene schöne Sachen. Dies da zum Beispiel, ist das nicht ein —"

Absjörn Kraa, der sich von seiner Unterhaltung über die Malkunst an einen Namen erinnerte, war im Begriff ihn auszusprechen; aber Rosenkrantz, der einsah, wohin das führen würde, rettete ihn vor Spott und Schanden, indem er einfiel:

"Ein Whistler, ganz richtig."

Auf diese Weise, und indem sie fortfuhren, weiter von den anderen Bildern zu sprechen, gelang es bei beiden entschlossenen Herren, die Gesellschaft wieder in bessere Stimmung zu versetzen. Der General ging willig darauf ein, den Auftritt von vorn in Vergessenheit geraten zu lassen, und bald darauf waren die Herren wieder im Rauchzimmer um den Tisch versammelt. Rosenkrantz hatte der Haushälterin einen Wink gegeben,

Reichstagsabg. Stadtschulrat Weizsäcker-Münchberg geworden wurde. Im Verlauf der derzeitigen Verhandlungen der Aussprache geschick und ließ sich mit einem warmen Appell an den demokratischen Idealismus zu wenden. Es wurde beschlossen, sogleich die Vorarbeiten in die Hand zu nehmen und in allen bayerischen Parteisekretariate einzusetzen. Die gefällige Einstellung des Parteitag wurde am besten durch die Worte des politischen Vertreters charakterisiert: „Wir sind gut deutsch und wir sind gut bairisch, solange Bayern deutsche Wortkraft macht.“ In der Folge aller Besprechungen stand das unumwundene Bekenntnis zur Reichseinheit, ihm folgte das offenherzige Bekenntnis zur deutschen Demokratie und zur deutschen Republik. Die Demokratische Partei ist eine republikanische Partei, sie steht einseitig zu den Reichsfarben Schwarz-rot-gold. Mag der eine oder der andere Parteihänger aus den Traditionen seiner Kindheit heraus dieses Bekenntnis mehr als politischer Vernunft als aus innerer Überzeugung ablegen, so kann und darf die Partei als solche auf diesem Gebiet keinerlei Schwankungen zeigen. Das Bekenntnis zum sozialen Staatsgedanken war der dritte Hauptbestandteil der ganzen Beratung. In diesem wie in allen anderen Punkten, so wurde betont, dürfe man sich nicht an die jeweiligen Konjunkturen anpassen und dürfe an radikale Strebungen von links und rechts keinerlei Konzessionen machen. Die Außenpolitik der Reichsregierung wurde entschieden gebilligt. Die Haltung der Reichstagsfraktion in den Verhandlungen der letzten Wochen fand ebenfalls einmütige Zustimmung. Der Vertreter der Reichsparteifraktion, Abg. Erlens, gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß das jetzige Kabinett auf dem beschrittenen Wege entschlußkräftig und energisch weiterzuschreiten muß. Es müsse nötigenfalls auch den Appell an die Wählerschaft nicht scheuen, um eine klare Mehrheit für eine auf den Realitäten der Lage beruhende Außenpolitik zu gewinnen. Abg. Erlens gab auch der Meinung Ausdruck, daß im Zusammenhang mit dem Umsturz, der in der französischen Politik anscheinend einsetzt, der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund erneut Gegenstand praktischer Politik sei und das darüber Klarheit geschaffen werden müsse. Reichsminister Hamm sprach am Sonntag besonders auch über die wirtschaftlichen Nöte und über die Folgerungen, die sich daraus für die Innen- und Außenpolitik ergeben. Das Referat über die Reichspolitik wurde vom Reichstagsabg. Schwärz-Münchberg erstattet, der Bericht über die bayerische Landespolitik von dem Landtagsabg. Eisenhelf-Münchberg. Es befand Einigkeit darüber, daß die Vertreter der Partei im Bayerischen Landtag mit aller Rücksichtlosigkeit den Reichsgedanken und die Einordnung Bayerns in das Reichsgeschehen vertreten müßten und daß in dieser Beziehung keinerlei sogenannte staatsmännische Erwägungen die Haltung der Landtagsfraktion beeinflussen dürfen. In einer Reihe von Entschlüssen, die sich besonders auch mit der Frage der Beamtengehälter, des Wohnungsweiwens, der Mittelstands-, politik und der Sozialpolitik beschäftigten, wurde die Meinung des Parteitag niedergelegt. Ein glänzendes anfeuern des Schluswort sprach dann der neue Vorsitzende, Stadtschulrat Weizsäcker-Münchberg. Man darf ohne Uebertreibung sagen, daß der diesmalige bairische Parteitag ein ausgezeichneter Auftakt zu dem Neuaufbau der Partei in Bayern gewesen ist.

### Reichsdeutscher Mittelstandstag.

#### Gründliche Kunderung der Steuerpolitik.

Der Reichsdeutsche Mittelstandstag in Bremen hat zur Steuerpolitik folgende Anschauungen angenommen:

Der Hauptanstoß des Reichsdeutschen Mittelstandstages, verammelt am 14. Juni 1924 im Parkhaus zu Bremen, stellt das Verlangen an die deutsche Reichsregierung, die Steuerpolitik, wie sie gegenwärtig gehandhabt wird, einer gründlichen Kunderung zu unterziehen, und zwar muß

1. verlangt werden, daß die sämtlichen Steuergesetze daraufhin nachgeprüft werden, welche der bestehenden Steuern einzir wirklichen Lebensfuß für das Reich ergeben und bei welchen die Erhebung mehr Kosten verursacht, als die Steuer einbringt, und letztere müssen unbedingt abgebaut werden;

### Das Chamäleon.

Von Sven Elvestad.

Autorisierte Uebersetzung von Gertrud Bauer.

(25. Fortsetzung.)

„Es tut mir sehr leid, daß ich das zur Sprache gebracht habe,“ sagte er. „Aber ich habe wirklich keine Ahnung davon gehabt, daß hier vom Bruder des Herrn Generals die Rede ist. Sonst hätte ich selbstverständlich geschwiegen, wenn —“

Absjörn Kraa unterbrach ihn. Er wandte sich an den General und sagte, indem er auf den Stumpf des Fakens deutete, der noch in der Wand steckte:

„Herr General, der Fakel ist allmählich durchgerostet, das ist die ganze Erklärung. Früher oder später mußte das Bild einmal zu Boden fallen. Der Zufall, daß es gerade in diesem Augenblick geschah, ist ja höchst merkwürdig, das gebe ich zu, aber es ist einer von den Zufällen, die häufig im Leben vorkommen. Stellen Sie sich einmal ein Faß mit einer Million schwarzer Kugeln vor und eine einzige weiße darunter. Nehmen Sie an, Sie stecken mit verbundenen Augen die Hand ein einziges Mal hinein und ziehen die weiße Kugel heraus — da haben Sie denselben Zufall.“

Leutnant Rosenkrantz, der merkte, daß Absjörn Kraa nur die Gedanken des Generals von der Unheimlichkeit dieses Augenblicks ablenken wollte, sagte rasch hinzu:

„Genau so: und in Monte Carlo habe ich einmal ein ähnliches Spiel des Zufalls zu beobachten Gelegenheit gehabt. Der verdrehte russische Fürst Babin setzte zweihundertdreißigmal hintereinander auf Rot, gewann jedesmal und krenzte während dieses Spiels die Bank verschiedene Male. Jedermann weiß, wie einzig da-

meine mit au darüber zu gah 8. kon zu vorfchri nanghel maßgeb unterfa andern men. Finanz Rüdoo  
In großen vorfchri Bestimm Ausbeu viel au dieser! „Woni jezt der Besant aus die auf 79 etwas hat der 1,17 G Admini gängen ber über herjähre minne man au von 10 Perwal die Sa hebung Jndukti unter C Sie ist dies of Soarin Köhlen Di Staat i Saarge härtmiff tragen. Beftung Zeit no weis m ausgefa  
De die En der Ab beten i Ausgab Verb P Bestim es lebo könne“ liege u lche, ito der Re Regier sche A De Weimr harstun gelunte ulangen lchränke  
Dr. De Artikel, Haltung Monar Bedane die nat alchen werden hewette bunt t rittsch aber is Bezieh Zeit in noch fa banke i umwöfs frih ne des m bendest  
W Industr Schwo minifter über E gen au

(Fortsetzung folgt)

2. wird verlangt, daß die Steuererlasse so einfach und gemeinverständlich wie nur irgendmöglich abgefaßt werden, damit auch der einfachste Steuerzahler sich einen klaren Begriff darüber machen kann, wie er die Steuern zu berechnen und zu zahlen hat;

3. die Reichsabgabenordnung ist einer gründlichen Revision zu unterziehen und für die Steuerbehörden auch Nachvorschriften einzuführen, vor allem Dingen müssen die Finanzbehörden verpflichtet sein, ordnungsmäßige Bücher als maßgebend anzuerkennen, und es muß den Finanzämtern unterlagt werden, bei ordnungsmäßiger Buchführung eine anderweitige willkürliche Festsetzung der Steuern vorzunehmen. Ueberall dort, wo in der Reichsabgabenordnung den Finanzämtern Kannvorschriften zugebilligt sind, müssen dafür Nachvorschriften gesetzt werden.

**Die Ausfagung des Saargebietes.**

**Frankreichs Monopolstellung im Saarbergbau.**

Im Saarparlament wurden unlängst Klagen über die großen Gewinne des französischen Bergbaus laut, weil der Verdacht bestand, daß es dem Fiskus, dem auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages die Saargruben zur Ausbeutung übertragen sind, nur darauf ankomme, möglichst viel aus dem Betrieb herauszuwickeln. Wie begründet dieser Verdacht ist, geht aus einer „Bilanz“ hervor, die die „Administration des mines domaniales francaises de la Sarre“ jetzt veröffentlicht. In den Jahren 1920 bis 1923 betrug die Gesamtförderung 38 424 176 Tonnen Kohle. Der Reingewinn aus diesen vier Jahren beläuft sich, in Goldmark berechnet, auf 79 333 871 Mark. Es ergibt sich ein Nettoerdbienst von etwas mehr als 2 Goldmark pro Tonne. In Friedenszeiten hat der preussische Fiskus nur einen Durchschnittsgewinn von 1,17 Goldmark pro Tonne erzielt. Bei dem Ausweis der Administration ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß im vergangenen Jahre ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen war, der über drei Monate dauerte, so daß 1923 kein normales Förderjahr gewesen ist. Bei Errechnung des Durchschnittsgewinnes von 1920 bis 1923 als normales Betriebsjahr kommt man auf 2,40 Goldmark pro Tonne, was einen Reingewinn von 100 Prozent mehr bedeutet, als er unter der preussischen Verwaltung üblich war. Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß die Saarkohlenpreise übermäßig hoch gegriffen sind. Zur Behebung der wirtschaftlichen Krise im Saargebiet ist von den Industriellen wiederholt eine Herabsetzung der Kohlenpreise unter Einschränkung der Stilltongewinne verlangt worden. Die ist zwar auch erfolgt, jedoch in so geringem Maße, daß dies ohne besondere Wirkung für die Produktionskosten der Saarindustrie geblieben ist. Ob ein weiterer Abbau der Kohlenpreise erfolgt, erscheint noch fraglich.

Die Sachlage ist unverändert die, daß der französische Staat seine Monopolstellung in der Kohlenproduktion des Saargebietes rücksichtslos ausnützt, ohne den normalen Verhältnissen in der Wirtschaft zweckentsprechend Rechnung zu tragen. Dabei ist zu beachten, daß bei ständig zunehmender Leistung der Saarbergarbeiter die Gewinne in der letzten Zeit noch beträchtlich steigen werden. Ein praktischer Beweis mehr, wie das Saargebiet unter der Fremdherrschaft ausgefaugt wird.

**Die „Abrüstung“ der Welt.**

**Niemand will sich binden.**

Der Völkerbund behandelte in einer offiziellen Sitzung die Empfehlung der 4. Völkerbundsversammlung hinsichtlich der Abrüstungsfrage, wonach die einzelnen Regierungen gebeten werden, die im Heereshaushalt für 1923 vorgesehenen Ausgaben nicht zu überschreiten. Der englische Delegierte Lord Farmor erklärte, daß England stets einer der ersten Befürworter für die allgemeine Abrüstung gewesen sei, daß es jedoch eine „leiste Verpflichtung“ für sich nicht annehmen könne, solange ein allgemeiner Abrüstungsplan nicht vorliegt und angenommen sei. Dasselbe betonten der französische, italienische, schwedische und japanische Delegierte, so daß der Rat beschloß, die obige Empfehlung soll die einzelnen Regierungen in keiner Weise binden, sondern nur eine einfache Mitteilung darstellen.

Der Völkerbundsrat hat beschlossen, angesichts der großen Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der bisherigen Behandlung der Flottenabrüstungsfragen ergeben haben, das nächste Problem der nächsten Völkerbundsversammlung vorzuliegen, damit diese Richtlinien für eine allgemeine Beschränkung der Flottenrüstungen entwerfen könne.

Ueber den „monarchischen Gedanken“ veröffentlicht Prof. Dr. Helfrich-Breslau in der „Kreuzzeitung“ einen Artikel, die augenscheinlich dazu bestimmt sind, der skeptischen Haltung, die selbst deutsch-nationale Kreise in Sachen des Monarchismus einnehmen, entgegenzuwirken. In seinem Bedauern muß nämlich der Verfasser feststellen, „daß gerade die nationalen Kreise vielfach übervorsichtig mit dem monarchischen Gedanken umgehen“. Nun, die Auffassung von Helfrich werden diese berechtigten Vorurteile nur noch erhöhen, denn sie beweisen lediglich, daß selbst vom deutsch-nationalen Standpunkt aus die Wiedererrichtung der Monarchie schon theoretisch auf große Schwierigkeiten stößt. Noch wichtiger aber ist die Stellungnahme von Prof. Helfrich in praktischer Beziehung. Mit klaren Worten spricht er aus: „Nur solchen Zeit kann kein vernünftiger Mensch daran denken, eine Monarchie einführen zu wollen. Am allerwenigsten kann der Gedanke ihrer gewaltsamen Einführung im Wege der Staatsumwälzung in Frage kommen“. Und weiterhin betont Helfrich noch einmal, daß es sich „nicht um die Verwirklichung des monarchistischen Gedankens von heute auf morgen handelt“.

**Von Stadt und Land.**

Ausg. 18. Juni

**Die Wirtschaftskrise in Sachsen.**

Als Folge der katastrophalen Kreditnot steht dem hochindustriellen Sachsen eine Wirtschaftskrise von besonderer Schwere bevor. Dem sächsischen Arbeit- und Wohlhabenden sind in der letzten Zeit zahlreiche Anzeigen über Betriebsstilllegungen und Besuche um Kreditbewilligungen zugegangen. Von der zuständigen Stelle wird erklärt,

daß kaum Aussicht auf Erfüllung dieser umfangreichen Kreditwünsche besteht, da der sächsische Staat gar nicht über so hohe Summen, wie sie benötigt werden, verfügt. So lange nicht durch entsprechende Auslandsanleihen Kredite zur Verfügung stehen, ist an eine Besserung der Wirtschaftslage nicht zu denken. Unter den Geschäftstellern befinden sich Firmen von Weltruf aus allen Industriezweigen, insbesondere aber aus der Maschinenindustrie. In der letzten Zeit sind hierzu noch getreten die Dresdener Zigarettenindustrie und erhebliche Teile der Textilindustrie. Die Arbeitslosenlisten in Sachsen, die Ende Mai ihren tiefsten Stand erreicht hatten, sind bereits wieder im Anschwellen und werden bei Anhalten der Krise von Woche zu Woche weiter steigen. Aus industriellen Kreisen erfahren wir dazu noch, daß es der privaten Initiative mehrerer Großfirmen gelungen ist, Auslandskredite zu erhalten. Allerdings unter denart ungünstigen Bedingungen, daß die Rentabilität auf dem Spiele steht. Beklag wird auch darüber, daß sich unter den Kreditangeboten eine große Anzahl sogenannter Lustgeschäfte befinden, hinter denen nichts steht. Bei allem Pessimismus hat man in führenden Kreisen der Industrie noch die Hoffnung, daß es den Maßnahmen der Reichsregierung gelingen wird, die unvermeidbare Krise nach bester Möglichkeit abzumildern. Eine entsprechende Aussprache zwischen dem Verband sächsischer Industrieller und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, die in den nächsten Tagen stattfinden soll, wird die gegenwärtige unhaltbare und undurchsichtige Situation hoffentlich einigermaßen klären.

**Der Parteizwist in der sächsischen Sozialdemokratie.**

Die „Dresdener Volksztg.“ kommt auf die Entscheidung des Parteitag zurück, in der im sächsischen Parteizwist eine Entscheidung dahin gefallen war, daß der bisherige weitgehende Einfluß der Landesinstanz (Krat u. Gen.) zurückgedrängt wurde, daß ferner die Entscheidung der Landesversammlung für die Landtagsfraktion bindend sei, sofern nicht der Parteivorstand Beschlüsse fassen könnte bis zur Entscheidung eines Reichsparteitages, wenn Interessen der Gesamtheit auf dem Spiele stehen. Die „Dresdener Volkszeitung“ bemerkt hierzu: „Der Beschluß ist im ganzen ein Kompromiß und als solcher nicht ohne Weh und Ahr. Beide streitenden Teile sind einander entgegengekommen“. Diese Auslassung läßt erkennen, daß der Parteistreit in Sachsen mit der Berliner Entscheidung nur rein äußerlich geschlichtet ist. Unter der Oberfläche glimmt der Funke weiter, und man ist sich schon heute klar, daß es auf dem im Spätsommer oder zu Anfang Herbst zu erwartenden Landesparteitag erneut zu heftigen Auseinandersetzungen kommen wird. Der Berliner Ausgleich bedeutet unzweifelhaft eine Niederlage der radikalen Fraktionsminderheiten, da sich der Reichsparteivorstand für gewisse Fälle das Recht der Suspendierung von sächsischen Parteitagbeschlüssen bis zu einem kommenden Reichsparteitag gesichert hat. Alles deutet daraufhin, daß der Kurs der gemäßigten Sozialdemokraten in Sachsen beibehalten wird und daß die Koalition in Sachsen auf absehbarer Zeit feststeht trotz der gegenteiligen Versuche der Krat, Liebmann und Genossen.

Reichsverbandstag für das selbständige Deutsche Drechslergewerbe vom 13. bis 15. Juni in Nürnberg. Die von ca. 400 Meistern aus allen Gauen Deutschlands besuchte Tagung beschäftigte sich neben allgemein geschäftlichen Fragen in erster Linie mit der Grundlag: jeden Betriebes, der Kalkulation, dann aber auch mit akut gewordenen Versicherungsfragen, der Frage der Herabsetzung der Luxussteuer usw. Insgesamt muß man über den 6. Reichsverbandstag sagen, daß die Organisation des Drechslergewerbes außerordentliche Fortschritte gemacht und zur Hebung der allgemeinen Lage im Drechslergewerbe außerordentlich beigetragen hat.

Der Neubau eines Finanzamtes in Aue ist im Reichswirtschaftsplan für 1924 vorgesehen. Er ist mit 65000 Mark Kosten angelegt. Die Frage des Neubaus schwelt schon lange, weil die Raumverhältnisse im Finanzamte derartig beengte sind, daß eine glatte Geschäftsabwicklung rein unmöglich ist. Nicht nur aber für die Beamten und Angestellten des Amtes ist die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes unhaltbar, sondern auch für das Publikum. Das Anstauen der Massen in den engen Vordäumen der Kassen ist unerträglich, die Verhandlungen in den sonstigen Zimmern sind oft höchst peinlich, weil eine isolierte Besprechung kaum denkbar ist. Und schließlich ist doch die Vespurgung von Vermögens- und Einkommensverhältnissen kein allgemein interessierendes Gebiet. Als solches mußte es aber bisher angesehen werden, da meist noch weitere Personen auf Abfertigung warteten, im gleichen Zimmer noch andere Geschäftsstellen verhandelten u. s. f. Offenlich wird mit dem recht bald beginnenden Neubau allen berechtigten Klagen adgeholfen. Der Mietkontrakt für die jetzt gemieteten Räume läuft nur bis 31. März 1925. Der gesetzliche Schutz gegen eine zwangsweise Räumung würde nur bis zum Jahre 1928 reichen.

Sommerwohnungen im Erzgebirge. In diesem Jahre ist die Nachfrage nach Sommerwohnungen sehr groß. Es werden Zimmer in Fremdenhöfen, Gasthäusern und Privathäusern gesucht. Wirte und Private, die noch Zimmer für kürzere oder längere Zeit frei haben, werden hiermit gebeten, dies unter Angabe des Preises für ein Bett umgehend dem Erzgebirgsvereiner in Lauter zu melden, der seit 1914 eine Auskunftsstelle für Sommerwohnungen unterhält und die Wohnungsangebote unentgeltlich weiterleitet.

Botanische Wanderung der Volkshochschule. Die zweite botanische Wanderung findet Sonnabend, den 21. Juni unter Führung von Schuldirektor Zell statt. Der Anmarsch erfolgt 14 Uhr an der Schucht der neuen Talstraße nach Niederbachheim. Es sollen die Ochsenwiesen, das tiefe D und die Wildbacher Wiesen zum Studium von Sonnentau und Ferkelkraut besucht werden. Wer noch teilnehmen will, kann Karten für die 5 Wanderungen (eine botanische, 2 geologische, 2 geschichtliche) zum Preis von 1,50 Mark im Konsumverein, Wettinerstraße erhalten. Wegen Frechichtigkeit der Wiesen empfiehlt es sich, starke Schuhe anzuziehen.

**Theater, Konzerte, Veranstaltungen, Kunst.**

Die Volksbühne bot gestern ihren Mitgliedern „Nachtrag „Der Perrillene“. Der Verfasser des Lumpenbuculus wußte etwas schändlich, etwas weiblich, aber das Stück ist eine Vokale von später alter Art, ulkig von Anfang bis zum Ende. Darum erschütterten auch Nachsager den Saal das ganze Stück hindurch. Diese Wirkung ist wohl vor allem

der vorzüglichen Darstellung zu danken; denn gleich hier sei es gesagt: die Leistung dieses zweiten Abends war bedeutend höher als die des ersten. Die Wiedergabe der Hauptrollen durch die beiden Damen Wächter und Gemünd und die Herren Rudolph und Witte waren prächtig. Ueberaus liebenswürdige und aber vielleicht auch einer Volla nicht immer zuträglich. Das Lachen, das noch auf der Straße erschallte, zeigte, wie stark und wirksam ihre volle Wirkung getan haben. Die Darstellung des „Meister“ wird hoffentlich zu einem gleichguten Erfolg. Da die 1. Theaterszene noch nicht vollständig ist, werden weitere Meldungen zur Mitgliederhaft gern entgegengenommen. -el.

Scheibenberg. Die eiserne Hochzeit beging hier im Kreise von Urrenten und Enten Herr Christ. Jäger und seine Gattin. Außerordentlich zahlreiche Glückwünsche und Geschenke, sowie die Anteilnahme weitester Kreise bewiesen dem hochgeachteten Jubelpaare die Wertschätzung ihrer Mitmenschen.

Oertritzgrün. In der Jauchegrube erstunken. Am 10. d. M. wurde der 70 Jahre alte Maurer Gustav Krauß hier in der Jauchegrube des von ihm bewohnten Hauses tot aufgefunden. Es liegt jedenfalls ein Unglücksfall vor.

Klingenthal. Ehrenmalweihe. Hier fand nach einem vorausgegangenen Gedächtnisgottesdienst durch Dr. Hopf, Dresden die feierliche Einweihung und Enthüllung unseres Ehrenmals für die gefallenen Krieger der Kirchfahrt Klingenthal statt. Das Ehrenmal bildet eine Herde unserer Stadt.

Auerbach i. B. Zwischen Kerzten und Krankenlaffen droht ein Konflikt, auf den in einer Sitzung hingewiesen wurde, die der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Auerbach i. B. in Rautenkranz abhielt. Nach amtshauptmannschaftlicher Feststellung machen die Ausgaben für ärztliche Behandlung, die vor dem Kriege etwa 20 v. D. der Ausgaben betrug, jetzt bei sämtlichen Krankenkassen 40 bis 50 Prozent der Ausgaben aus. Um einen Kampf zwischen Kerzten und Krankenlaffen zu vermeiden, wird von der Amtshauptmannschaft eine Einigung und Verständigung im Verhandlungswege angestrebt.

Plauen. Der Verbandstag sächsischer Kondiktoren wurde am Montag mit der im Beisein zahlreicher Vertreter der sächsischen und staatlichen Behörden und befreundeten Körperschaften eröffnet. Überaus zahlreich besichtigten Fachausstellungen eingeleitet. Am Dienstag nahm die Tagung mit einer Vorstandsitzung des Verbandes ihren Fortgang und am Abend vereinigte eine Begräbnisfeier in der Zentrallhalle die auswärtigen Gäste mit den Plauerer Berufsgenossen.

**Neues aus aller Welt.**

Selbstmord eines Berliner Massenmörders. In der Nacht zum Montag hat sich im Gefängnis in Glogau der wegen zahlreicher Morde und unzähliger schwerer Einbruchsdiebstahle in Untersuchungshaft befindliche Arbeiter Eduard Scheibner aus Berlin in seiner Zelle erhängt. Scheibner, der sich in Einzelhaft befand, muß die Tat gleich nach der Revision seiner Zelle begangen haben, denn als der Gefängnisbeamte beim nächsten Kontrollgange die Tat bemerkte, war die Leiche bereits erstarrt. Damit hat eine Verbrechenlaufbahn ein Ende gefunden, die alles in Schatten stellt, was bisher auf kriminellem Gebiete überhaupt zu vergleichen war. Selbst der Massenmörder Sternikel, der in der Vorkriegszeit lange Zeit die Gemüter außerordentlich erregt hatte, ist von Scheibner übertroffen worden. Wie auf Grund der amtlichen Auskunft der Staatsanwaltschaft in Glogau mitgeteilt werden kann, ist die Voruntersuchung gegen Scheibner wegen sieben Mordtaten zum Abschluß gebracht worden, jedoch in diesen Fällen bereits Anklage erhoben werden konnte. Die Hauptverhandlung sollte in Kürze vor dem Glogauer Schwurgericht stattfinden.

Rundfunksender in Königsberg. Am Sonntagvormittag wurde der Rundfunksender der Ostmark durch eine feierliche Veranstaltung im Stadttheater in Königsberg i. Pr. der Öffentlichkeit übergeben. An der Feier nahm auch Staatssekretär Dr. Prebow teil.

Dreifache Trauung. Der gewiß seltene Fall, daß aus einer Familie drei Schwestern an dem Altar der Kirche standen, um den Segen für ihre Ehen zu erbitten, ereignete sich an der Wippertkirche in Göttingen.

Abhand halten! Laut Mitteilungen aus London müssen von nun an infolge polizeilicher Anordnung Männlein und Weiblein in den gemeinsamen Strandbädern in Amerika auf mindestens „6 inches“ von einander entfernt liegen und es darf diese Entfernung auch während des Schwimmens nicht verringert werden.

Eine verhängnisvolle Beweisführung. In Los Angeles in Kalifornien war ein Selbstmord zu untersuchen. An das Verfahren des Selbstmörders zu erläutern, hielt Richter Trotomahor den Revolver, den man neben dem Toten gefunden hatte, gegen seinen Nacken und berührte dabei versehentlich den Abzug; der Schuß ging los und der Richter sank, von der Kugel getroffen, tot zu Boden.

Wirbelsturmkatastrophe in Amerika. Die Radio-Agentur meldet aus San Francisco, daß ein Wirbelsturm von außergewöhnlicher Heftigkeit am Sonntag Kalifornien heimgesucht hat. Durch ihn wurden mehrere Städte, von allen Dingen Los Angeles, stark betroffen. Bis jetzt sind 52 Tote und einige hundert Verletzte gezählt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Dollars.

**BESONDERS BILLIG!**

**Etaminstoff**, gestreift oder kar. **80** 150 cm breit 1.10, 100 br. 95, 100 br.

Zur Selbstanfertigung von Künstleryarnituren, Halbstores und Scheibengardinen.

**Kaufhaus Schocken**

### Letzte Drahtnachrichten.

**Reichstagsbeginn am 24. Juni.**  
Berlin, 17. Juni. Das parlamentarische Leben verläuft für die nächste Reichstagsperiode vom 24. Juni in Aussicht genommen. Der Reichstagspräsident Eickhoff will an diesem Tage festhalten, obwohl auch Wünsche auf Verschiebung der Sitzung vorliegen. Der Präsident hat, um den Termin der Plenarsitzung zu bestimmen, den Ministerrat des Reichstages für Mittwoch nachmittag zusammengerufen.

**Erhöhung der unteren Beamtengehälter.**  
Berlin, 18. Juni. Das Reichstagsabkünd. wird sich heute vormittag mit der Frage der Beamtengehälter beschäftigen. Die Beamtenorganisationen haben von der Regierung eine Erhöhung der Einkommen für die Beamten der Gehaltsklassen I bis 5 sowie der sozialen Zulagen erbeten.

**Gerabekung der Arbeitszeit im Eisenbahnbereich.**  
Berlin, 18. Juni. Der Reichsverkehrsminister hat die Beamtenorganisationen für kommenden Sonntagabend zu einer Besprechung über die Frage eingeladen, ob die jetzt fest stehenden Zusammenhänge, Verleihen in den Stellenwerten usw. in ursächlichem Zusammenhang mit der verlängerten

Dienstbauer für die Beamten und Arbeiter stehen. Von den Organisationen ist eine ausführliche Denkschrift ausgearbeitet worden, die in der Forderung liegt, daß die Arbeitszeit vor allem des technischen Fahrpersonals herabgesetzt wird.

**Ausschluß kommunistischer Stadtverordneter von den Sitzungen.**

Offen, 17. Juni. Nach der Verpflichtung der neugewählten Offener Stadtverordneter am 10. Juni, an der sich auch die kommunistischen Stadtverordneter beteiligten, hatten diese durch ihren Fraktionsvorsitzenden erklären lassen, daß sie grundsätzlich keine Schweigeverpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse anerkennen. Auf Grund der Verfügung des preussischen Ministers des Innern vom 4. Juni über die Ablehnung der Verpflichtungserklärung durch Stadt- und Gemeindevorordneter hat die Stadtverwaltung jetzt dem kommunistischen Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt, daß die Mitglieder der kommunistischen Fraktion für die Dauer der Geltung ihrer Verweigerung von der Teilnahme an allen Sitzungen ausgeschlossen werden.

**Schwerer Straßenbahnunfall.**

Hferloh, 17. Juni. Durch Verlangen der Bremse konnte ein Wagen der Straßenbahn gegen ein Fabrikgebäude

Der Wagen wurde vollständig zertrümmert. Wie jetzt sind 15 Tote geborgen und 30 Schwerverletzte festgehalten.

**Boykott amerikanischer Waren in Japan.**  
London, 17. Juni. Times berichtet aus Tokio, daß auf einer in Yokohama abgehaltenen Massenversammlung beschlossen wurde, amerikanische Waren zu boykottieren, nur indische Baumwolle einzuführen und Selbe nur nach Europa auszuführen.

**Geschäftsvorteil.**

1000 Goldmark in bar! Der heutigen Ausgabe unserer 3. Blattes liegt ein Prospekt der Unterhaltungszeitung „Meine Zeitung“ bei, den wir der Beachtung unserer besten Leser besonders empfehlen. Das Blatt bietet bei billigem Preise von 50 Pfennig pro Heft eine Reihe besten Lesestoffes und ist reich illustriert. Eine große Preisfrage bei der 1000 Goldmark in bar zu gewinnen sind, wird allgemeines Interesse erregen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Feldmann. Druck u. Verl.: Neue Zeit- u. Verlags-Gesellschaft, in. d. S. Aue.

**Sonderangebot für die Wäsche**

Wäschekammern Schock 25    Waschbretter, starke Zinkinlage 1.45  
Leinenwickler, drehbar . . 25    Wäscheleine Aloe, 40 m 4.85

**Waschwannen, gebeizt, Reifen schwarz lackiert**

Länge	70	75	80	85	90	95	100 cm
	8.50	10.50	12.50	13.50	15.50	17.50	19.50

**KAUFHAUS SCHOCKEN**

**Matthes**

**Prima Zettheringe**

10 Stück nur 50 Pf.,  
feinste Gewürzgerichte  
Pfund nur 65 Pf. bei  
Paul Matthes, Schneeburger  
Straße



**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
macht die Wäsche  
blendend weiss.

Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

**Carola Theater**  
Lichtspiele

Donnerstag bis Sonntag!  
Aufführung eines der besten Großfilmwerke

**Zwei Menschen**

Eine Tragödie in 7 Akten nach dem weltbekannten Roman von Richard Voss.

In den Hauptrollen:  
**Gräfin Agnes Esterhazy und Olaf Fjorel.**

Dieser ausgezeichnete Film enthält Originalaufnahmen aus den Dolomiten und Italien. Insbesondere sind die herrlichsten Bauwerke Roms an Ort und Stelle aufgenommen.

Im Nebenprogramm: **Harry erlebt Naturfreuden**

Lustspiel in 2 Akten mit dem urkomischen Harry Sweet in der Hauptrolle.  
Beginn der Vorstellungen: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 2 Uhr.

**Zöpfe**

empf. in großer Auswahl  
**Stern & Gauge**  
Köstr.- u. Ferkelhofstraße, Aue  
Wettinstraße 48, am Wettplatz

**Erste Auer Dampfwäscherei und Neuplättere**

in Krügen, Manschetten, Oberhemden, Hauswäsche.  
Auerkannt beste Ausführung

Die Verwendung von Chlor oder sonstigen Bleichmitteln ist unter Garantie in meinem Betriebe ausgeschlossen.  
Ca. 20 Annahmestellen in der Umgebung.  
Beste und leistungsfähigste Plätterei des Erzgebirges

**J. Paul Brellschneider, Aue :: Fernruf 381.**

**Apollo-Lichtspiele**

Lichtspielhaus ersten Ranges  
Bahnhofstr. 17. — Fernr. 768.

Donnerstag bis Sonntag, den 19. bis 22. Juni  
erscheint ein Großfilm modernen Prunk und Glanz.

**Zu verkaufen:**

- 1 Transportwagen für Einspänner, ca 20 Zentner Tragkraft
- 1 Karton-Flachheftmaschine
- 1 Elektromotor, 1 PS
- 1 Schreibmaschine mit Tisch (von zweien die Wahl)
- 1 Blech-Tafelshere, 65 cm
- 1 Schleifbod.

Interessenten erfahren näheres unter A. T. 2652 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**„Fräulein Raffke“**  
(Die Tochter eines Neureichen)  
Ein Zeitbild in 6 Akten.  
Hauptdarsteller: Fräulein Raffke u. Lee Parry  
Ihr Liebhaber: Harry Hardt  
Baron v. Geldern: Hans Albers.

Er „Raffke“, der Neureiche, durch Werner Krauß verkörpert, schwelgt in Genüssen. Ob auch die Kinder glücklich sind, zeigt „Fräulein Raffke“.

Hierzu:  
**„Er“ unter Einbrechern.**  
Grotteske mit Harald Loyd, der Welt besten Lustspiel-Darsteller.

**Gasth. Brünnlaberg Akad. Kurse**

Morgen Donnerstags feines Tänzchen.  
tag abend

**Damen- u. Herren-Fahrräder**  
Orlauer - Opperl - Excelstor  
wieder eingetroffen.

**Nähmaschinen**  
für Haus und Gewerbe. — Erleichterte Zahlungsbeding.  
Alle vorfindend. Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

**Robert Morgner, Aue, Oststr. 35,**  
Fahrrad-, Nähmaschinen- u. Fahrzeughandlung Telefon 641.

**1 Krafttisch**  
Zweihüg mit Walze, 4 Platte u. Hauptantrieb

**3 Adler**  
9-23, Vord. u. Plattschneidmaschinen-Oberteile

**5 Phoenix**  
M. M. Schneidmaschinen  
fabrikten, siehe preisw. ab meinem Vag. zum Verkauf.

**Ludwig Gläß, Eibenstock.**  
Telefon 274.

**„Die letzte Nacht der Dora Fiametta.“**

Abenteuer eines Hochstapler-Paares in 5 Akten.  
Hauptdarstell.: Violetta Napierska u. Viktor Gehring.  
Die Handlung spielt auf einem großen Dampfer, der das Meer nahe der Küste von Korsika durchfährt.

Täglich zwei Vorstellungen. Beginn 6 u. 9 Uhr.  
Sonntags Anfang 4, 7, 9 u. 9 Uhr.

Wir empfehlen diesen reichhaltigen Spielplan, der viel schönes, schenswertes und interessantes bietet, insbesondere denen, die nicht zur See reisen können.

**Johannes Süß**  
Korbmohermeister  
Aue i. G., am Markt

**Moderne Korbmöbel**  
Große Auswahl  
Billige Preise  
Maßwerkzeuge

Bedenkende Dresd. Zigarettenfabr. sucht tüchtig. Vertreter.

**Vertreter**  
für den hies. Bezirk.  
Anschl. Angebots mit Aufg. u. Referenzen unter A. T. 2648 an d. Geschäftsst. d. Bl.

**Etamine**  
färbt, bleicht oder roh, laufend abzugeben

**Richard Sandner, Doppengrün b. Falkenstein i. V.**

**Vertreter**  
für ganz bedeut. Konsumartikel geg. guten Verdienst sof. gesucht. Fahrrad wird geliefert. Austr. an K. van Dyk, Hamburg, G. Theaterstr. 23.

**Gut. Verdienst**  
erzielen Niederverläufer mit preisw. Schürzen u. Tischtüchern. 50-100 Stk. erforderlich. Off. Schließl. 22 Dresden 24.

**Kammerjäger**

Scheldemann kommt in den nächsten Tagen nach Aue und umgibt und verläßt radikal unter schriftlicher Garantie **Anten, Wäse, Wangen, Schwaben** usw. Wirkung nachweislich innerhalb 24 Stunden. Jeder Auftragsgeber bekommt einen Garantieschein. Bestellungen werden noch in der Geschäftsstelle ds. Blattes angenommen.

**Decken in echter Handflöppelei**  
sowie Meter-Ware kauft  
Nordbayerisches Zittel und Erzgebirgische Handflöppelei  
Berlin, Eisenerstraße 34, I. — Inh. W. Welsch.

**Tüchtiger u. gewandt. Reisender für den Besuch von Vogtland und Erzgebirge**

mit Geh. Wue in Dase Stellung gesucht. Herren, die möglichst den Kolonialwaren-Groß- und Kleinhandel dieses Gebietes bereits regelmäßig besucht haben und an intensives Arbeiten gewöhnt sind, werden gezeigten, ausführliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Angabe des Eintrittstermins eingereicht. Dort aufliche Behandlung wird gewährleistet. Angebots unter A. T. 10908 an **Hilf-Hausen-Rhein u. Begier, Frankfurt a. M.**

**Hausmädchen**  
für sofort gesucht.  
Zu melden  
**Auer Gewürzmühle,**  
Aue, Bahnhofstr.

**Wer zum Film**  
will, wende sich mit genauer Adresse an  
**Alois Stogmann, Nürnberg.**

**Ein junger Kaufmann**  
aus Berlin, 25 Jahre alt, sucht noch eine

**Vertretung**

In echten Handflöppelarbeiten.  
Es kommen nur Firmen in Frage, die Leistungsfähig sind und Kunden beliefern können.  
Offerten unt. A. T. 2651 an das Auer Tagebl. erbeten.